

Informationen aus Österreich

Nr. 16/08

INNENPOLITIK

Nationalratswahl 2008: Noch nie dagewesene
Anzahl von Parteien

EUROPA | INTERNATIONAL

Salzburg: Kanzler Gusenbauer lädt Premiers aus
Südosteuropa ein

WIRTSCHAFT

AUA sucht strategischen Partner: Grünes Licht
für Privatisierung

KULTUR | MEDIEN | WISSENSCHAFT

Die Republik Österreich trauert um
Alt-Bundeskanzler Fred Sinowatz

SPORTPOLITIK

Österreichische Bilanz der Olympischen Spiele in
Peking

Unser Leserservice: schneller und noch aktueller informiert via e-Mail.
Jetzt kostenlos anfordern unter: www.bundeskanzleramt.at/aktuell

Nationalratswahl 2008: Noch nie dagewesene Anzahl von Parteien

Die Österreicherinnen und Österreicher wählen am 28. September einen neuen Nationalrat. Wahlberechtigt sind rund 6,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger, darunter erstmals auch all jene, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben. Neu ist auch, dass erstmals per Briefwahl abgestimmt werden kann und die Legislaturperiode künftig fünf anstatt wie bisher vier Jahre dauert.

Der Nationalrat setzt sich aus 183 Abgeordneten zusammen und ist neben dem Bundespräsidenten das einzige durch eine direkte Volkswahl legitimierte Bundesorgan. Gemeinsam mit dem Bundesrat übt er die Gesetzgebung des Bundes aus. Zudem obliegen ihm wichtige Kontrollfunktionen (Arbeit der Regierung, finanzielle Gebarung der Bundesstellen, Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen).

Spitzenkandidaten der beiden noch amtierenden Regierungsparteien (und damit Anwärter für das Amt des künftigen Bundeskanzlers) sind SPÖ-Vorsitzender und Infrastrukturminister Werner Faymann (Sozialdemokratische Partei Österreichs) und ÖVP-Bundesparteiobmann Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer (Österreichische Volkspartei).

Derzeit im Parlament vertreten sind weiters die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) mit Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache, die Grünen mit Alexander Van der Bellen und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) mit Jörg Haider.

Neben diesen fünf Parteien werden noch das Liberale Forum (LIF) mit Heide Schmidt an der Spitze, das Bürgerforum (Fritz) mit Fritz Dinkhauser, der bei den Tiroler Landtagswahlen im Juni 18,3 % gewinnen konnte, die KPÖ mit Spitzenkandidat Mirko Messner, die Christen (DCP) mit Alfons Adam und die EU-kritische Liste „Rettet Österreich“ (Rettö) unter Wilfried Auerbach kandidieren.

Dazu kommen jenen Listen, die nur in einzelnen Bundesländern reüssieren konnten. Das Wahlbündnis „Die Linke“ tritt in fünf Bundesländern, darunter in Wien, an.

Gute Chancen, die 4 %-Hürde zu überspringen und somit in das Parlament einziehen zu können, werden nach Meinungsumfragen dem LIF zugebilligt. Innerhalb von zwei Wochen stieg es in der Wählergunst von 1 auf 3 %, auch die „Liste

Fritz“ liegt derzeit bei etwa 4 %.

Der gegenwärtige Mandatsstand im Nationalrat lautet: SPÖ: 68; ÖVP: 66; Grüne: 21; FPÖ: 21; BZÖ: 7. ■

Einigung bei 24-Stunden-Pflege

In der Diskussion um die 24-Stunden-Pflege haben sich die Regierungsparteien über die österreichweite Aufhebung der Vermögensgrenze geeinigt. Ein entsprechender inhaltlicher Beschluss fiel im Sommerministerrat am 12. August. Der formale Beschluss fällt in den Kompetenzbereich der Länder. (Aufgehoben ist die Vermögensgrenze bereits in Niederösterreich und Vorarlberg.) Damit ist man der Lösung des Problems der 24-Stunden-Betreuung Pflegebedürftiger daheim einen großen Schritt näher gekommen. Beschlossen wurde, dass die Vermögensgrenze von 7.000 Euro in allen Ländern fällt. Außerdem hat man sich darauf verständigt, dass die Förderung für die 24-Stunden-Betreuung und das Pflegegeld deutlich angehoben werden sollen.

Für das Selbständigen-Modell soll es laut Regierungsbeschluss künftig bis zu 550 Euro geben (derzeit maximal 225 Euro), sofern zwei Betreuungskräfte tätig sind (bei einer Pflegeperson die Hälfte). Das Unselbständigen-Modell soll mit maximal 1.100 Euro (derzeit 800 Euro) gefördert werden. In Niederösterreich, Vorarlberg und Salzburg liegt die Förderung schon jetzt höher, nämlich bei 500 bzw. 1.000 Euro. Anspruch auf die Förderung einer 24-Stunden-Betreuung besteht erst ab Pflegestufe 3, zudem muss in den Stufen 3 und 4 ein ärztliches Attest für die Notwendigkeit der Intensivpflege vorgelegt werden. ■

46.000 Menschen profitierten bisher von Rezeptgebühren-Deckelung

Über 46.000 Menschen profitierten bereits von der Deckelung der Rezeptgebühren. Seit Anfang 2008 gilt die Regelung, wonach niemand mehr als 2 % seines jährlichen Nettoeinkommens für rezeptpflichtige Medikamente ausgeben muss. Nutznießer sind vor allem Pensionisten und chronisch Kranke.

Sozialminister Erwin Buchinger rechnet bis Jahresende mit rund 350.000 befreiten Versicherten. ■

Salzburg: Kanzler Gusenbauer lädt Premiers aus Südosteuropa ein

Fragen der Energie, des Klimawandels, die internationale wirtschaftliche Entwicklung sowie innerstaatliche Angelegenheiten standen laut Bundeskanzler Alfred Gusenbauer im Mittelpunkt des „Treffens für Stabilität in Südosteuropa im 21. Jahrhundert“, das heuer zum siebenten Mal stattfand. An dem Meeting nahmen die Premiers von Serbien, Mirko Cvetković, Bosnien-Herzegowina, Nikola Špirić, Mazedonien, Nikola Gruevski, Montenegro, Milo Đukanović, Albanien, Sali Berisha und Moldawien, Zinaida Greceanîi, teil. Der Regierungschef von Rumänien, Călin Popescu-Tăriceanu, musste seine Teilnahme wegen des Hochwassers in seiner Heimat absagen. Ferngeblieben war auch der kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader.

Österreich verstehe sich als wichtiger Partner für die Westbalkan-Länder – sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, betonte Gusenbauer. Er würdigte die positive Entwicklung der Länder Südosteuropas, die in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Fortschritte erzielen konnten und deren politische Systeme sich zunehmend stabilisiert hätten. Der Kanzler begrüßte auch die pro-europäische Ausrichtung der neuen serbischen Regierung und die Verhaftung des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Radovan Karadžić, des früheren bosnischen Serbenführers. Die EU müsse nun auch entsprechend positiv reagieren. Der Beitritt Kroatiens zur EU werde laut Gusenbauer die politische Stabilität nicht nur der Region, sondern auch der EU selbst stärken.

In einer kurzen Pressekonferenz hoben die Ministerpräsidenten hervor, dass ihre Länder der EU angehören wollen.

Außenamts-Staatssekretär Hans Winkler ergänzte: „Die Zukunft der Staaten des Westbalkans liegt in der EU. Zu diesem Ziel haben wir uns bereits mehrfach bekannt“. Dies bleibe auch nach dem Nein der Iren zum EU-Reformvertrag die österreichische Position. ■

Bundeskanzler Gusenbauer: Österreich nimmt UNO-Bericht ernst

Mehr als 20 Kritikpunkte und Empfehlungen führt das UNO-Komitee zur Beseitigung von Rassismus (CERD) in seinem „Länderbericht

Österreich“ an, den das Gremium am 18. August in Genf vorgelegt hat. Die österreichische Regierung müsse sich mehr um die Rechte von MigrantInnen, AsylantInnen und österreichischen Minderheiten, vor allem von Roma und Sinti, kümmern. Das Gremium tadelt auch den öffentlichen, „oft xenophoben“ Umgang mit Minderheiten, AsylwerberInnen, Flüchtlingen und MigrantInnen durch die staatlichen Parteien im Wahlkampf. Mit „Besorgnis“ wird die Diskriminierung von Minderheiten bei Arbeits- und Wohnungssuche konstatiert.

Vor allem der Kärntner Ortstafelstreit gibt CERD Anlass zur Kritik. Österreich wird ermahnt, den Prozess einer „adäquaten Umsetzung“ des Verfassungsurteils aus dem Jahr 2001 bezüglich der zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten zu beschleunigen. Zwar wird die geringe Anzahl von Vertretern von Minderheiten im öffentlichen Dienst kritisiert, es wird aber auch gewürdigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren verstärkt in den öffentlichen Dienst kamen. Als einer von 173 Mitgliedsstaaten der Internationalen Konvention zur Abschaffung von Rassismus ist Österreich verpflichtet, regelmäßige Berichte über Maßnahmen gegen Rassismus vorzulegen.

Bundeskanzler Gusenbauer erklärte, die Empfehlungen des UNO-Ausschusses seien ernst zu nehmen. „Die Gleichbehandlung aller Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft und Zugehörigkeit, ist eines der grundlegendsten Prinzipien der Republik Österreich. Daraus folgt ein aktives Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“. Die Bundesminister forderte der Kanzler auf, „ihren Zuständigkeitsbereich im Hinblick auf die Empfehlungen des UNO-Ausschusses zu überprüfen. Im derzeitigen Wahlkampf müsse „die Vermeidung von rassistischen und xenophoben Aussagen für alle wahlwerbenden Parteien eine Selbstverständlichkeit sein“. Zur Ortstafelfrage sagte der Kanzler: „Ich halte eine rasche Lösung für notwendig. Dies setzt allerdings eine Aufgabe der Blockadehaltung der ÖVP zu dem von mir erstatteten Vorschlag voraus. Meinem Lösungsvorschlag vom Juni 2007 haben alle Slowenen-Organisationen, die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, die Kirchen sowie SPÖ und Grüne zugestimmt. Diese Initiative liegt im Parlament und könnte bei Vorliegen einer Verfassungsmehrheit jederzeit beschlossen werden“. ■

AUA sucht strategischen Partner: Grünes Licht für Privatisierung

Die mit Verlusten kämpfende heimische Fluglinie Austrian Airlines (AUA) soll komplett privatisiert werden. Damit steht einem möglichen Verkauf des von der Staatsholding ÖIAG gehaltenen Aktienpakets von 42,75 % nichts mehr im Wege. Laut offizieller Lesart soll dies allerdings keinen Totalverkauf der AUA bedeuten: Eine Sperrminorität von 25 % plus einer Aktie soll in österreichischem Besitz bleiben und ist somit Teil des Privatisierungsauftrags. Damit könnten wichtige Beschlüsse zum Nachteil des Standorts Österreich verhindert werden. Finden sich nicht genügend private Interessenten, könnte auch die ÖIAG einen Teil an der AUA behalten, damit man auf 25 % kommt.

Auf diesen Kompromiss haben sich die Spitzen der österreichischen Bundesregierung und die Führung der für die AUA zuständigen Staatsholding ÖIAG geeinigt. Den offiziellen Privatisierungsauftrag an die ÖIAG erteilte die Bundesregierung im Sommerministerrat am 12. August. Der Verkauf soll bis spätestens Ende 2008 erfolgen. Damit gibt die Regierung der ÖIAG, der die Auswahl eines AUA-Partners obliegt, mehr Zeit als bisher erwartet, um den Bundesanteil zu veräußern. Bisher hatte die Zielmarke Ende Oktober gelaute, einen Monat nach den Nationalratswahlen.

Die Sperrminorität könne, so die Verantwortlichen, von privaten Unternehmen und Investoren gehalten werden. Beide Regierungsparteien zeigten sich mit dem Kompromiss zufrieden: Die AUA könne nun vollständig privatisiert werden, gleichzeitig blieben mit dem restlichen Viertel auch die Interessen Österreichs gewahrt, zeigte sich Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer zufrieden. Die österreichische Sperrminorität sichere 65.000 Arbeitsplätze im Luftfahrtbereich sowie Wien als Wirtschaftsstandort und Flugdrehscheibe, betonte Infrastrukturminister, neuer SPÖ-Chef und Kanzlerkandidat Werner Faymann.

Nähere Informationen über den möglichen künftigen AUA-Partner liegen bis dato nicht vor. Der Berater „Boston Consulting“ hat sich für die deutsche Lufthansa als besten AUA-Partner ausgesprochen. Seitens der Lufthansa wurde grundsätzliches Interesse an ihrem Star-Alliance-Partner AUA signalisiert.

Die AUA hat im ersten Halbjahr 2008 wegen der hohen Treibstoffpreise einen Verlust von fast 50 Mio. Euro eingeflogen. Derzeit beschäftigt die AUA rund 8.000 Mitarbeiter, die Flotte besteht aus 99 Flugzeugen. ■

OMV mit fulminantem Nettogewinn im ersten Halbjahr 2008

Der hohe Rohölpreis bescherte dem börsennotierten heimischen OMV-Konzern im ersten Halbjahr 2008 eine Steigerung seines Nettogewinns um mehr als die Hälfte. Damit wurden die Erwartungen der Analysten deutlich übertroffen. Der Periodenüberschuss nach Minderheiten kletterte um 52 % auf 1,130 Mrd. Euro, wie der führende Öl- und Gaskonzern Mittel- und Zentraleuropas kürzlich mitteilte. Beim Umsatz wurde ein Zuwachs von 41 % auf 12,919 Mrd. Euro erzielt. Der Mitarbeiterstand erhöhte sich um 11 % auf 41.957.

Die guten Zahlen resultierten vor allem aus Erfolgen bei der Division Exploration & Produktion (E&P). Deren operatives Ergebnis stieg trotz Belastungen um gut 70 % auf 752 Mio. Euro. Für das Gesamtjahr 2008 erwartet OMV-Generaldirektor Wolfgang Ruttensdorfer „ein robustes Ergebnis – und wenn der Gewinn steigt, wird auch die Dividende steigen“.

Die geplante milliardenschwere Übernahme des ungarischen Energiekonzerns MOL hat die OMV indessen abgeblasen. Grund dafür ist laut Unternehmen ein Veto der EU-Kommission, die vor allem im Raffineriebereich weiterreichende Maßnahmen (Devestitionen) gefordert hätte. ■

Exportzuwächse im ersten Quartal

Österreichs Exportwirtschaft hat im ersten Quartal 2008 erneut zugelegt. Laut Zahlungsbilanz der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) haben sowohl Güter- als auch Dienstleistungsausfuhren Zuwächse verzeichnet. Der heimische Leistungsbilanzüberschuss stieg im Vergleich zum Vorjahresquartal von 4,1 auf 5,4 Mrd. Euro. Die Güterexporte legten im Jahresvergleich um 7 % auf 30,6 Mrd. Euro zu, während die Einfuhren nur um 4 % auf 29,8 Mrd. Euro stiegen. Auch bei den Dienstleistungsexporten gab es ein Plus von 10 % mit einem Gesamtvolumen von 12,3 Mrd. Euro. Alleine der Tourismus brachte im ersten Quartal 6 Mrd. Euro ein. ■

Die Republik Österreich trauert um Alt-Bundeskanzler Fred Sinowatz

Seit 11. August wehten auf dem Parlament, der Hofburg und dem Bundeskanzleramt Flaggen auf Halbmast: Der ehemalige Bundeskanzler (1983 bis 1986) Fred Sinowatz ist 79-jährig verstorben. Er stammte aus burgenländisch-kroatischer Familie in Neufeld an der Leitha. Sein Vater war Maschinenschlosser im nahen Kohlebergwerk, die Mutter Fabrikarbeiterin. Sie förderten den begabten Sohn, der am Badener Gymnasium „mit Auszeichnung“ maturierte. Im Burgenland gab es damals keine staatliche Mittelschule. An der Wiener Universität schloss er 1953 sein Geschichtsstudium mit dem Doktorat ab, wobei „Protestantismus und katholische Gegenreformation“ in einem Teil des Burgenlandes den Schwerpunkt seiner Dissertation bildete. Wahrscheinlich keimte in ihm schon damals der Wunsch, nicht nur als Historiker zu arbeiten, sondern auch politisch tätig zu werden und positiv die sozialen Gegebenheiten seiner Heimat zu verändern, die er so sehr liebte und der er ein ganzes Leben verbunden blieb. Auf einem Grundstück, das ihm seine Eltern schenkten, baute er ein Haus. Dort lebte er mit seiner Frau, die 1995 starb, und zwei Kindern und zuletzt allein. Selbst als Unterrichtsminister und Bundeskanzler fuhr er jeden Abend wieder nach Neufeld zurück. Aus seinen Wurzeln dürfte er große Kraft bezogen haben. Ein einfaches Leben schätzte er, mit ganz normalen Menschen fühlte er sich am wohlsten. Das Burgenland blieb seine Seelenlandschaft. 28-jährig wurde Fred Sinowatz SPÖ-Obmann von Neufeld. Anlässlich seiner Wahl lernte er zufällig Bruno Kreisky kennen, der an diesem Abend ein politisches Referat hielt. Rasch machte er in der burgenländischen SPÖ Karriere. 1961 kam er in den Landtag, 1962 wurde er zum Landespartei sekretär bestellt. Seiner zielstrebigsten Arbeit und seiner Wahlkampfleitung verdankte es die Partei, dass sie 1964 die Mehrheit im Landtag eroberte und erstmals seit 1945 den Landeshauptmann stellte. Fred Sinowatz wurde Präsident des Landtages und 1966 als Landesrat für Kultur Mitglied der Landesregierung. Kulturpolitik war sein ureigenstes Interessensgebiet und blieb es sein ganzes Leben. Sein Ziel: Soziale Gerechtigkeit kann nur durch eine breite Kultur, durch erhöhte Bildungsanstrengungen erreicht werden. Kultur

gehört nicht einer elitären Minderheit, Wissensbarrieren und Schwellenangst müssen abgebaut werden. Für das Burgenland hieß das konkret: Neue Schulen, den Auf- und Ausbau der Erwachsenenbildung, die Schaffung von Freiräumen für Künstler, neue Bibliotheken, Volkshäuser, Förderung von kulturellen Aktivitäten jeder Art, neben Traditionspflege Förderung von Moderne und Experiment. Mit Fred Sinowatz zog ein offenes tolerantes Kulturklima ins Burgenland ein.

Nach dem Wahlsieg der SPÖ im Oktober 1971 holte Bruno Kreisky den erfolgreichen und populären Landespolitiker als Bundesminister für Unterricht und Kunst in sein Kabinett. Fred Sinowatz leitete das Ressort vom 4. November 1971 bis zum 24. Mai 1983 und ist somit nicht nur einer der bis heute am längsten dienenden Unterrichtsminister der Zweiten Republik, sondern wohl auch der erfolgreichste. In seiner Ära vollzog die österreichische Gesellschaft eine wesentliche Stufe ihrer Modernisierung. Eine Reihe wichtiger schulpolitischer Maßnahmen und Entwicklungen war dafür mitverantwortlich: Ausgehend von der sozialdemokratischen Grundüberlegung, dass jedem begabten Kind der Zugang zur höheren Bildung offen stehen müsse, zielten die Initiativen des neuen Unterrichtsministers auf größere soziale und regionale Chancengleichheit. Weiterführende Schulen in den Bezirkshauptstädten der einzelnen Bundesländer halfen das traditionelle Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land abzubauen. Gratisschulfahrt und Gratisschulbuch wurden eingeführt, Schul- und Heimbeihilfen gewährt. Die Aufnahmeprüfung für die erste Klasse der AHS wurde abgeschafft, die flächendeckende Koedukation (d.h. die gemeinsame Ausbildung von Buben und Mädchen) die Regel, ein neuer Schultyp ermöglichte auch Hauptschülern den Zugang zur Matura. Das Schulunterrichtsgesetz vom 1. September 1974 stellte die Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern auf eine neue legislative Grundlage.

Nach dem Ausscheiden von Hannes Androsch aus der Regierung im Jänner 1981 wurde Fred Sinowatz Vizekanzler, was er nicht angestrebt hatte. Als bei der Nationalratswahl 1983 die absolute SPÖ-Mehrheit verloren ging und Kreisky zurücktrat, wurde er im Mai 1983 Bundeskanzler. Bruno Kreisky hatte den populären Minister wegen dessen „menschlicher Breite“

für die Kanzlerschaft vorgeschlagen. Auf Wunsch des Altkanzlers übernahm er auch den SPÖ-Vorsitz. Mit der FPÖ unter Norbert Steger bildete er eine noch von Kreisky initiierte kleine Koalition, die vor großen Problemen stand: Das Budget musste konsolidiert, das wachsende Staatsdefizit verringert werden. Durch ein Maßnahmenpaket gelang dies auch. Die Krise der Verstaatlichten Industrie, die Milliardenverluste schrieb, schwelte weiter. Bei dem Konflikt mit Umweltschützern um den Bau eines Donaukraftwerkes bei Hainburg, wirkte der Kanzler im Dezember 1984 ausgleichend. Dem Sinkflug der Regierung versucht er durch Umbau seines Kabinetts gegenzusteuern.

Auch für den Parteichef waren die Probleme groß. Zutage gekommene Profitsucht in der Partei machte ihm zu schaffen. Etliche Mitglieder gaben ihr Parteibuch zurück und wanderten zu den Grünen.

Im Bundespräsidenten-Wahlkampf 1986 kam es zu einer emotionsgeladenen Konfrontation zwischen dem SPÖ-Kandidaten Kurt Steyrer und dem ÖVP-Kandidaten, dem ehemaligen langjährigen UN-Generalsekretär Kurt Waldheim. Wegen dessen angeblicher Zugehörigkeit zu einem SA-Reiterkorps im Zweiten Weltkrieg flammte eine Kampagne auf, die weltweit Aufmerksamkeit erregte. Einen Tag nach Waldheims Sieg trat Sinowatz im Juni 1986 als Kanzler zurück und empfahl den bisherigen Finanzminister Franz Vranitzky als Nachfolger, der ihm 1988 auch als Parteivorsitzender nachfolgte.

Zurückgezogen widmete sich Fred Sinowatz vor allem seinen geliebten historischen Studien, arbeitete an seinen Memoiren und traf alte Freunde. Ein stilles, einfaches Leben hatte er sich immer gewünscht. Entscheidend hatte der große Humanist die positive Kulturentwicklung seiner engeren Heimat, des Burgenlandes und der Zweiten Republik, geprägt. Immer fühlte er sich bei den Schwächsten der Gesellschaft heimisch und stellte das friedliche Zusammenleben der Menschen in den Mittelpunkt seines Wirkens. Die Maßstab setzenden Leistungen von Fred Sinowatz, auf sozialen Ausgleich und das Allgemeinwohl gerichtet, sind heute selbstverständlich gewordener Teil der österreichischen Gesellschaft, ihrer Humanisierung.

In der Säulenhalle des Parlaments in Wien wurde am 20. August der Leichnam von Fred Sinowatz aufgebahrt. Viele Menschen nahmen von ihm

Abschied. Am 21. August wurde er nach einer Trauerfeier des Burgenländischen Landtages in Eisenstadt in einem Ehrengrab in Neufeld an der Leitha beigesetzt. Unter den Trauergästen befanden sich neben den Spitzen des Staates – wie Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer – und des Burgenlandes wie Landeshauptmann Heinz Niessl, auch viele Freunde und einstige Weggefährten des Verstorbenen. Auch die Kirche würdigte den Altbundeskanzler. Der Neufelder Stadtpfarrer Wilhelm Ringhofer erinnerte daran, dass Sinowatz als katholischer Christ auch eine enge Beziehung zur evangelischen Kirche und zur jüdischen Gemeinde hatte. Als Präsident des Jüdischen Museums in Eisenstadt hatte er sich stets um die Erinnerung an das Schicksal der in der NS-Zeit zerstörten jüdischen Gemeinden im Burgenland bemüht. ■

Waldviertel: Gmünd feiert 800 Jahre

Die Bezirks- und Grenzstadt zur Tschechischen Republik Gmünd ist wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt im oberen Waldviertel, seit dem EU-Beitritt Tschechiens ist sie noch stärker in das Zentrum Europas gerückt. Seinen Namen verdankt der Ort dem Zusammenfluss – dem „Gemünde“ – von Lainsitz und Braunau.

Schon 1208 wird Gmünd – vom Kueninger Hadmar II. im 12. Jahrhundert gegründet – als Stadt mit eigener Gerichtsbarkeit erwähnt. Wenig später entsteht die Pfarre Gmünd als Tochterpfarre des nahe gelegenen Weitra. 1483 kommt die Stadt in die Hände des Ungarnkönigs Matthias Corvinus. Im 16. und 17. Jahrhundert wird Gmünd zum umkämpften Schauplatz von Reformation und Gegenreformation. 1810 kaufen sich die Bürger aus dem Untertänigkeitsverband der Herrschaft los. 1869 wird die Eisenbahnlinie Eggenburg-Gmünd-Budweis eröffnet, 1871 die Linie Gmünd-Prag. 1899 bekommt Gmünd eine Bezirkshauptmannschaft.

Für viele Menschen wird die Grenzstadt Fluchtpunkt: 1914, im Ersten Weltkrieg, wird ein Barackenlager für schließlich 40.000 Flüchtlinge, vor allem aus Galizien und der Bukowina, errichtet. Durch den Friedensvertrag von St. Germain verliert Gmünd 1920 einen Großteil der Vororte an den neuen Staat Tschechoslowakei. Aus den Gmünder Nachbargemeinden Unter-Wielands

800 Jahre Gmünd
im Waldviertel:
www.gmuend.at

Aktuelle, hervorragende illustrierte Bücher:

Gmünd. Chronik einer Stadt. Hg. Daniel Lohninger, Martina Hermann, Viktoria Neunteufel, Harald Winkler. Bibliothek der Provinz. Weitra 2008. ISBN 978-3-85252-925-7

Manfred Dacho, Franz Kölner: Gmünd. Zeitvergleich 1208-2008. Bibliothek der Provinz. ISBN 978-3-85252-859-5

Außergewöhnliche DVD über Flora und Fauna: Gmünder Naturschätze. Manhart/Wandaller 2008.

und Böhmeil wird die Stadt České Velenice. Die deutschsprachigen Menschen flüchten in das ehemalige Barackenlager. 1938 – die Nazis sind an der Macht – wird die „historische Grenze“ zwischen Böhmen und Niederösterreich wieder gezogen. České Velenice erhält als eigene Ortsgemeinde den Namen Gmünd-Bahnhof. Sie wird schließlich zum Stadtteil Gmünd III. Dieser wird mit dem Gmünder Hauptbahnhof 1945 – zu Ende des Zweiten Weltkriegs – von den Tschechen besetzt, die Grenze von 1920 wieder errichtet. Gmünd III heißt wieder České Velenice. Gmünd wird – wie etwa Berlin – zweigeteilte Stadt. Am „Eisernen Vorhang“ ist hier jahrzehntlang eine tote Grenze. 1964 wird das Naturjuwel „Blockheide“ zum Naturpark erklärt.

Eine völlig neue geopolitische Situation entsteht, als 1989 das kommunistische System zusammenbricht und die Grenze zur Tschechoslowakei geöffnet wird. Seither erlebt die wieder in die Mitte Europas gerückte Stadt mit ihren rund 6.000 Einwohnern einen Innovationsschub. 1994 wird der erste grenzüberschreitende Wirtschaftspark Europas, der ACCESS Industrial Park, eröffnet. Seit 2006 sorgt das neue Sole-Felsen-Bad am Asangteich für die Wellness seiner zahlreichen Besucher.

Am 15. August 2008 feiert Gmünd seine 800 Jahre mit einem großen Festakt – mit Mozarts „Krönungsmesse“ in der Herz-Jesu-Pfarrkirche in Gmünd Neustadt, mit einem Festzug, bei dem sich Waldviertler Brauchtum, Wirtschaft und soziales Leben präsentieren, zum Festgelände Bleyleben. Im Festzelt hält Bürgermeister Otto Opelka eine Ansprache, die die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Leistungen der Stadt und Region betont. Trotz eines abendlichen Mulatschags mit feuriger Musik unter dem Motto „Gmünd trifft Ungarn“ ist für viele Gäste der Auftritt von Vizebürgermeister Apotheker Gottfried Libowitzky emotionaler Höhepunkt. Berührend trägt er „Das Lied von Gmünd“ vor, das Schuldirektor Josef Pfandler 1968 verfasst hat: „Stadt am Gemünde, Stadt an der Grenze, Brücke in goldene Freiheit“.

LH-Stellvertreter Ernest Gabmann vertritt mit einer Festansprache den Niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll. Moderiert wird der Festakt von Andreas Hausmann, für die musikalische Begleitung sorgen u.a. Jagdhornbläser. Einer ihrer engagierten ist der Gmünder Textilfabrikant Wolfgang Baumann. ■

Minister Hahn gratuliert heimischen Wissenschaftlern zu ERC-Grants

Neben den bereits zuerkannten „ERC Advanced Grants“ an Quantenphysiker Anton Zeilinger und Mathematiker Ludmil Katzarkov von der Universität Wien erhielten nun auch Physikerin Silke Bühler-Paschen von der Technischen Universität Wien, Quantenphysiker Rainer Blatt von der Universität Innsbruck und Nano-Forscher Falko Netzer von der Universität Graz die hochdotierte Förderung für grundlagenorientierte Pionierforschung.

Mathematiker Katzarkov wird in den nächsten Jahren seine Forschungstätigkeit auf abstrakte Themen der Mathematik lenken. Bei Zeilinger dreht sich das geplante Forschungsprojekt um grundlegende Fragen der Quantenphysik. Die nunmehr erhaltene Förderung hilft, neuartige Experimente zur Erforschung fundamentaler Tests der Quantenmechanik und technologischer Möglichkeiten der Quanteninformation durchzuführen.

Wissenschaftsminister Johannes Hahn gratulierte zu diesem großen Erfolg der Uni Wien: „Ich danke auch Rektor Georg Winckler und seinem Team für die hervorragende Arbeit, auf deren Basis diese Erfolge erst ermöglicht werden“. Besonders zeigte sich Hahn auch von den Erfolgen der anderen Wissenschaftler angetan. Erfreulich sei die Auszeichnung für Silke Bühler-Paschen, die sich in einem so männerdominierten Bereich wie der Physik mit ihrem Forschungsprojekt durchsetzen konnte. ■

Albertina: Van Gogh als Zeichner

Die Herbstausstellung der Wiener Albertina präsentiert von 5. September bis 8. Dezember Vincent van Gogh aus einer völlig neuen Perspektive. Der Maler und der Zeichner werden zusammengebracht. 150 Werke, davon 100 Zeichnungen, veranschaulichen, wie sehr die expressive Pinselführung in seinen Gemälden durch seine ausdrucksstarke Zeichenkunst vorbereitet wird. Die gezeigten Kostbarkeiten hat Albertina-Direktor Klaus Albrecht Schröder aus allen Van Gogh-Zentren der Welt versammelt. Die Schau ist in Kooperation mit dem Van Gogh-Museum Amsterdam entstanden und ist seit über einem halben Jahrhundert die erste Van Gogh-Ausstellung in Österreich. ■

Van Gogh. Gezeichnete Bilder:
www.albertina.at

Die Wiener Schau ist die größte Präsentation des Werks seit der Amsterdamer Jubiläumsausstellung 1990.

Österreichische Bilanz der Olympischen Spiele in Peking

Mit den 29. Olympischen Sommerspielen in Peking fand das Supersportjahr 2008 nach der EURO seinen Höhepunkt. Für die siebzig österreichischen ÖOC-Athletinnen und Athleten fiel die Bilanz gemischt aus: Judoka Ludwig Paischer holte Silber, Schwimmerin Mirna Jukić und Kanutin Violetta Oblinger-Peters wurden für ihre Leistungen mit einer Bronze-Medaille belohnt. Den undankbaren vierten Platz erreichten gleich vier ÖOC-AthletInnen auf Platz 5 landeten sechs österreichische SportlerInnen. Mit drei Medaillen liegt das Team des Österreichischen Olympischen Comités genau im Schnitt. Seit 1948 wurden in 16 Spielen 48 Medaillen von rot-weiß-roten Athleten errungen. Das Abschneiden unserer SportlerInnen – Österreich kam im Medaillenspiegel gemeinsam mit Irland auf den 23. Platz der EU-Staaten – ist Anlass, um seitens des Sportstaatssekretariats mit den Sportverbänden intensiv über die Weiterentwicklungen bis zu den Winterspielen in Vancouver 2010 und den Sommerspielen in London 2012 „Perspektivengespräche“ zu führen. Diese müssen in Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb zu verbindlichen Vereinbarungen führen. ■

Verabschiedung der österreichischen Paralympics-AthletInnen

Auch die XIII. Sommer-Paralympics finden von 6. bis 17. September unter dem Motto „One World – One Dream“ in Peking statt. Es nehmen rund 4.000 Sportlerinnen und Sportler teil. Ausgetragen werden 417 Medaillenbewerbe in 20 Sportarten, acht davon mit österreichischer Beteiligung. Das Österreichische Paralympische Committee (ÖPC) ist mit insgesamt 38 Athletinnen und Athleten vertreten: 34 Männer und 4 Frauen. Das ÖPC-Team ist das olympische Aushängeschild unserer Republik, holte es für Österreich mehr Medaillen als die Delegation des ÖOC bei Olympischen Spielen: Bei den seit 1960 stattfindenden Paralympischen Spielen haben die österreichischen Athletinnen und Athleten insgesamt 639 Medaillen (Sommer und Winter) gewonnen: 201 Gold-, 220 Silber- und 218 Bronzemedailles. Das ÖOC-Team errang im gleichen Zeitraum 160 Medaillen. ■

Barbara Spindler neue BSO-Generalsekretärin

Mit Barbara Spindler hat die Bundes-Sportorganisation (BSO) erstmals eine Frau an eine Schlüsselposition des österreichischen Sports bestellt. Dass der Beschluss des BSO-Präsidiums für die Nachfolge des langjährigen Generalsekretärs Walter Pillwein einstimmig erfolgt ist, zeugt von der Qualität der zuletzt für die internationale Abteilung Sport im Bundeskanzleramt Tätigen. Barbara Spindler ist eine Kennerin der österreichischen wie internationalen Sportpolitik. Sie ist während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft mit verantwortlich für das Schwerpunktthema „Sport und Entwicklungszusammenarbeit“ gewesen und hat sich im Büro der internationalen Arbeitsgruppe „Sports for Development & Peace“ verdient gemacht. Wenn ab 1. Oktober erstmals eine Frau die Geschäfte des österreichischen Sports führt, so ist das ein wichtiges Signal für die Förderung der Interessen der Frauen im organisierten Sport. ■

Der Tscheche Karel Brückner neuer Teamchef der ÖFB-Mannschaft

Der 68-jährige Tscheche Karel Brückner ist seit 1. August Nachfolger von Josef Hickersberger als Trainer des ÖFB-Nationalteams. Als tschechischer Teamchef verpasste er mit seiner Mannschaft in den letzten Jahren kein großes Turnier (EM 2004 und 2008) und führte das Team zeitweise auf den 2. Platz der FIFA-Weltrangliste. Auch an der WM 2006 nahm Tschechien teil. Gleich zu Beginn seiner ÖFB-Trainertätigkeit konnte Karel Brückner beim freundschaftlichen Länderspiel gegen Weltmeister Italien ein erstaunliches 2:2 unentschieden erreichen. Jetzt steht er mit der österreichischen Nationalmannschaft vor großen Herausforderungen: der Qualifikation zur FIFA-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika, die am 6. September mit dem Match gegen Vize-Weltmeister Frankreich beginnt. ■

Der legendäre tschechische Teamchef Karel Brückner soll das österreichische Fußballnationalteam zur WM führen.

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/2, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53115-2880, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugswieser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.